



Redoute *P*apers

Februar 2021

Dr. Ernst-Jörg von Studnitz

Deutsch-russische Beziehungen - wie kann es weitergehen?

Der in diesem Jahr bevorstehende Regierungswechsel in Berlin stellt den Fortgang der Beziehungen zwischen Deutschland und Russland vor neue Fragen. Wird es ein Weiter so geben, oder ist eine Neuorientierung angezeigt. Die nachstehenden Überlegungen suchen nach Antworten auf diese Frage.

Eine nüchterne Betrachtung der jahrhundertealten Beziehungen zwischen den beiden Staaten führen zu dem Schluss, dass die alten Rezepte nicht mehr taugen, dass vielmehr ein neuer Ansatz gesucht werden muss.

Vier nicht mehr brauchbare Modelle

Bei der Ablehnung der alten Partnerschafts- oder Zusammenarbeitsmodelle muss in Rechnung gestellt werden, dass diese Modelle zeitbedingt waren und sich so heute nicht mehr anbieten. Das 20. Jahrhundert brachte vier solche nicht mehr brauchbarer Modelle. Der Rapallovertrag von 1922 war die Allianz der Parias des 1. Weltkrieges. Die Weigerung der Siegerallianz von 1919, Deutschland und die 1922 entstandene Sowjetunion in die neue Friedensordnung zu integrieren, führte diese beiden zwangsläufig zusammen zur Wahrnehmung gemeinsamer Interessen. Der Hitler-Stalin-Pakt von 1939 entsprang ebenfalls gemeinsamen, obwohl letztlich widerstreitenden Interessen. Für den damals bekundeten Willen, die Interessensphären in Mitteleuropa abzugrenzen, gibt es heute keinen Raum. Auch die Ostpolitik von Willy Brandt beruhte auf heute, entgegen gegenteiligen Vorstellungen, nicht mehr gegebenen Voraussetzungen. Sie war vom deutschen Interesse geleitet, die Teilung Deutschlands für die Menschen erträglich zu machen und die Perspektive einer deutschen Wiedervereinigung offen zu halten. Demgegenüber zielte die sowjetische Politik auf die Anerkennung der in Jalta 1945 entstandenen territorialen Realität in Europa. Der Gewaltverzicht des Moskauer Vertrages von 1970 wie auch die Schlussakte von Helsinki von 1975 bestätigten diese sowjetischen Zielsetzungen. Der damals vereinbarte Gewaltverzicht für die auswärtige Politik beider Staaten gilt weiterhin für Deutschland, nicht jedoch für Russland wie die Annexion der Krim und der Krieg in der Ostukraine beweisen. Hinzu kommen ausdrückliche russische Erklärungen, dass es kein Zurück zu Helsinki gebe. Schließlich ist auch der Zwei+Vier-Vertrag von 1990 keine Grundlage für die Gestaltung künftiger deutsch-russischer Beziehungen. Die darauf beruhende Wiedervereinigung war für Deutschland zweifellos ein Gewinn; für Russland aber bedeutet dieses Ereignis zusammen mit dem Verlust der gesamten nach dem 2. Weltkrieg gewonnenen Vormachtstellung in Mitteleuropa einen herben, bis heute in Russland schmerzlich empfundenen Verlust.

Neuer Ansatz: Gemeinsame Interessen

Die Suche nach einem neuen Ansatz muss nach möglichen gemeinsamen Interessen fragen, die anders als in der Vergangenheit nicht gegensätzliche Absichten verfolgen. Ein solches Ziel kann für die deutsche Politik in der Öffnung der europäischen Option für Russland liegen. Schon die Präambel des Grundgesetzes drückt den Willen

des deutschen Volkes aus, in einem geeinten Europa zu leben und dem Frieden in der Welt zu dienen. Hier ist das ganze Europa gemeint und keineswegs nur das der Europäischen Union.

Ein solches Ziel ist dann realistisch, wenn es ein positives Echo in Russland findet. Dafür reicht nicht das wiederholte Bekenntnis zu einem gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraum von Lissabon bis Wladiwostok. Ein solches Vorhaben bedient primär wirtschaftliche Interessen ist aber nicht geeignet, politische Gemeinsamkeiten zu begründen. Schon die Europäische Union mit ihren immer wieder aufbrechenden nationalen Egoismen zeigt, dass ungeachtet aller seit Gründung der EWG gehegter Hoffnungen die Wirtschaft nicht der Motor die Staaten überwindender Einigung ist. Die deutsche Politik hat durch ihr enormes wirtschaftliches Engagement in Russland, das größer ist als das jedes anderen Landes, es entgegen ihren anfänglich hoffnungsvoll stimmenden Erwartungen nicht vermocht, zu einem allmählichen Systemwandel beizutragen. Der Versuch einer Modernisierungspartnerschaft ist sang- und klanglos aufgegeben worden.

“ Die Kräfte, die das Land demokratisieren wollten, waren zu schwach.

Die Erwartung, Russland werde nach dem Zerfall der Sowjetunion den Weg nach Europa einschlagen, hat sich trotz scheinbarer positiver Anfänge nicht erfüllt. Die Kräfte, die das Land demokratisieren wollten, waren zu schwach. Sie mussten erleben, wie die aus der Sowjetzeit stammenden und durch sie geprägten Führungskräfte, sowohl in der Politik, aber auch in der Wirtschaft, sich spätestens seit dem Zusammenbruch der Währung 1998 überall durchgesetzt haben. Der im KGB groß gewordene, seit 2000 amtierende Präsident Putin hat das Land immer stärker auf sowjetische Vorbilder ausgerichtet. Das wurde schon im Georgienkrieg 2008, mehr noch in der durch die 2014 erfolgte Annexion der Krim und den nachfolgenden Krieg in der Ostukraine deutlich. Das Ziel, jüngst im Druck auf Belarus erkennbar, ist idealerweise die Wiederherstellung des Territorialbestandes der Sowjetunion. Hierin gründet auch die unversöhnliche Politik gegenüber den baltischen Staaten. Solch eine Politik der Revisionen ist unvereinbar mit dem Friedensprojekt Europa und schafft Unsicherheit in Mitteleuropa.

Was versäumt wurde

Europa, gerade auch Deutschland muss sich fragen, was es gegenüber Russland versäumt hat, ob es möglicherweise sogar in seine Abwehrhaltung getrieben hat. Russischerseits wird ständig der Vorwurf erhoben, durch die Ost-Erweiterung der NATO sei Russland aus Europa ausgeschlossen worden. Damit soll dem Westen die Verantwortung für die neuerliche Spaltung Europas zugeschoben werden. Durch die Osterweiterung der NATO ist der russische Einfluss in Mitteleuropa durch den

Amerikas ersetzt worden. Das missfällt der russischen Regierung, die immer noch in Einflussphären denkt und diesen Raum sich zuordnet. Sie hat kein Verständnis für den Willen kleiner, schwacher Staaten sich so, wie es ihnen durch die, auch von der Sowjetunion unterzeichneten Charta von Paris aus dem Jahre 1990 freigestellt ist, einem Bündnis ihrer Wahl anzuschließen. Die historischen Erfahrungen Polens und der baltischen Staaten, aber auch Ungarns nach der sowjetischen Intervention 1956 und der Tschechischen Republik in Erinnerung an die Ereignisse des Jahres 1968, begründeten den Entschluss, sich unter das amerikanische Schutzdach der NATO zu begeben. Das russische Verhalten in der Ukraine bestätigt für diese Staaten die Richtigkeit ihrer Entscheidung.

“ Für die Russlandpolitik bedeutet das, dass Deutschland mehr als bisher im Einklang mit den europäischen Partnern, aber auch mit den USA gegenüber Russland auftreten muss.

Das nach Mittelosteuropa erstreckte Bündnissystem der NATO gehört zu den politischen Gegebenheiten und Verpflichtungen, die für die künftige deutsche Russlandpolitik maßgebend sind. Die deutsche Politik steht vor der Schwierigkeit, dass sie einerseits eine aktive Russlandpolitik betreiben will, dass diese aber andererseits nicht den Interessen ihrer Bündnispartner zuwiderlaufen darf. Dieser Zwiespalt wird im Streit um den Bau der Nordstream 2 Erdgasleitung sichtbar. Deutsche und russische Wirtschaftsinteressen decken sich hier, aber die politischen Interessen der beiden Partner widersprechen sich. Das muss letztlich ein Grund für die Absage des Projekts sein. Die Lehre der Vergangenheit ist es, dass nur Vorhaben mit sich beiderseits deckendem Interesse Frucht bringen können.

So sehr Deutschland von guten Wirtschaftsbeziehungen abhängig ist, so darf es sich doch nicht von ihnen abhängig machen, will es sich nicht Erpressungen aussetzen. Für die Russlandpolitik bedeutet das, dass Deutschland mehr als bisher im Einklang mit den europäischen Partnern, aber auch mit den USA gegenüber Russland auftreten muss. Eine solche Einigkeit wird Russland respektieren, weil es selbst in hohem Maße auf den europäischen Markt angewiesen ist. Das gilt zur Zeit noch für seine Energieexporte, die aber tendenziell abnehmen in dem Maße, wie die Europäer auf erneuerbare Energien umsteigen. Aber Russland wird solange auf Importe von Produkten der Hochtechnologie aus Europa angewiesen bleiben, wie es nicht selbst eine entsprechende leistungsfähige Industrie aufgebaut hat. Aber auch dafür wird es Europa brauchen. Dabei stellt sich für Russland die chinesische Alternative nicht wirklich, weil Russland alles versuchen wird zu verhindern, dass es als Juniorpartner Chinas, der es in Wirklichkeit schon ist, erscheint. So kann Russland in der europäischen Perspektive größeren Gewinn sehen und sich auf längere Sicht auf Europa hin entwickeln. Damit würde es eine Vorstellung verwirklichen, der es immer angehangen hat, das Russland ein Land Europas ist.

Es bedarf vieler kleine Schritte

Russland auf diesen Weg zu geleiten ist die künftige deutsche Aufgabe, die das Land im engen Zusammenschluss mit den Partnern der EU verfolgen soll. Dazu wird es vieler kleiner Schritte bedürfen. Wie schon bisher gehört dazu die Fortentwicklung der Wirtschaftsbeziehungen, aber auch

die Fortsetzung und soweit möglich die Intensivierung des gesellschaftlichen Dialogs, so schwierig er unter den gegenwärtigen Bedingungen Russlands ist. Die Menschen in Russland warten darauf. Das Eintreten für Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte darf nicht fehlen, auch wenn das von russischer Seite stets als Einmischung in innere Angelegenheiten zurückgewiesen wird. Das Eintreten für individuell zu Unrecht Verfolgte erfüllt auch heute, wie schon in Sowjetzeiten eine wichtige Schutzfunktion, die wir aus Selbstachtung nicht vernachlässigen dürfen. Ohne die ständige westliche Aufmerksamkeit wäre ein Chodorkowski nicht freigekommen. Solche Fälle kommen bedauerlicherweise immer wieder vor, aber sie müssen konsequent und hartnäckig ständig aufgegriffen werden. Das gilt auch heute für Nawalny. Am Ende höhlt der ständige Tropfen den Stein.

Eine künftige deutsche Russlandpolitik wird keine schnellen Erfolge erzielen. Das ist nicht zu erwarten. Von großer Wichtigkeit ist es aber, dass sie mit sehr langem Atem, Ausdauer und Konsequenz betrieben wird. Dazu gehört insbesondere, dass Deutschland in Einigkeit mit den westlichen Verbündeten agiert und der russischen Politik keine Anlässe zur Spaltung ihrer Geschlossenheit bietet. Das wird Russland immer wieder versuchen. Aber erst wenn ein derartiges Vorhaben aussichtslos ist, öffnen sich Wege zu beiderseits nützlichen und fruchtbaren Beziehungen. Jede Politik gegenüber Russland sollte bei aller Klarheit niemals verletzen, denn diesbezüglich gehören die Russen zu den Völkern des Ostens, die es nicht verzeihen, wenn man sie bloßstellt.

Botschafter a. D. Dr. Ernst-Jörg von Studnitz



Bildquelle: wikipedia.de

Geboren 1937 in Berlin. 1956/60 Studien der Rechtswissenschaften in Heidelberg, Berlin und Kiel. 1962/1963 Auslandsstudium in den USA. 1968 Promotion (Dr. jur.), Eintritt in den Auswärtigen Dienst. Ab 1969 bis 1973 an der Deutschen Botschaft Moskau, 1973 bis 1976 an der Deutschen Botschaft Ankara. 1976 bis 1980 im Auswärtigen Amt in Bonn, 1986 bis 1990 Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin. 1990 bis 1995 Auswärtiges Amt, Bonn: Unterabteilungsleiter in der Politischen Abteilung für Mittel- und Osteuropa. Von 1995 bis 2002 Botschafter in Moskau. 2003 – 2014 Vorsitzender des Vorstands des Deutsch-Russischen Forums e.V. und seitdem dessen Ehrenvorsitzender.

Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Verfassers wieder.